

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Bangladesch will Kriegsverbrecher anklagen

Bis zu drei Millionen Menschen – die Schätzungen gehen weit auseinander – sind dem Unabhängigkeitskrieg von Bangladesch im Jahr 1971 zum Opfer gefallen. Die pakistanische Armee ermordete gezielt Intellektuelle, Studenten und Professoren, Hindus und Anhänger der maßgebenden Partei der Unabhängigkeitsbewegung, der Awami League. Zu den Opfern zählte auch die einfache Dorfbevölkerung: Bauern und Fischer, Männer, Frauen und Kinder. Zudem haben pakistanische Soldaten die massenhafte Vergewaltigung bengalischer Frauen als Kriegswaffe eingesetzt. 38 Jahre nach der Staatsgründung sollen die Geschehnisse von 1971 nun aufgearbeitet werden. Die Regierung von Bangladesch will die Kriegsverbrecher, denen sie Völkermord vorwirft, vor ein internationales Tribunal stellen und hat die Vereinten Nationen um Hilfe gebeten. Noch ist offen, wie die Prozesse ablaufen werden und wer angeklagt werden soll. Die Regierung hat bereits Gelder für das Kriegsverbrechertribunal im Haushaltsplan bereitgestellt.

Demonstrationen gegen Ausbeutung der Gasvorkommen

Eine Bewegung gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gewinnt in Bangladesch mehr und mehr an Stärke. Die Aktivisten fordern, dass die Regierung Bangladeschs planvoll mit den natürlichen Ressourcen umgeht und sie nicht vorschnell der Privatwirtschaft überlässt. Die Gasvorkommen Bangladesch könnten, so die Unterstützer der Bewegung, die Energiekrise mildern. Stattdessen werden derzeit Lizenzen für die Gasgewinnung im Golf von Bengalen an internationale Konzerne vergeben. Im Rahmen zweier neu abgeschlossener Verträge mit den amerikanischen und irischen Konzernen *ConocoPhillips* und *Tullow* sollen 80 Prozent des gewonnenen Gases exportiert werden.

Streit um den Staudamm von Tipaimukh

Kritiker aus Bangladesch warnen, dass das indische Staudammprojekt von Tipaimukh Bangladeschs Verfügungsgewalt über die natürliche Ressource Wasser weiter einschränkt und die Flusslandschaft in der betroffenen Region verändern wird. Die Flüsse Surma und Kushiara könnten dadurch im Winter komplett

austrocknen. Die Lebensgrundlage vieler Menschen, die von der Fischerei in großen Seen in der Gegend leben, sei dadurch gefährdet. Besonders betroffen seien Angehörige der ethnischen Minderheit der Hmar. Die indische Regierung baut den Tipaimukh-Staudamm im Bundesstaat Manipur nordöstlich von Bangladesch. Dieser staut das Wasser des Flusses Barak, der nach Bangladesch fließt, sich dort in die Flüsse Surma und Kushiara teilt und schließlich in den Meghna mündet. Indien will den Damm zur Energiegewinnung und zur Verhinderung von Überschwemmungen nutzen. Indische Staudammprojekte, vor allem der Bau der *Farakka Barrage* am Ganges, führen seit vielen Jahren zu ernststen Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarländern. Obwohl es mittlerweile ein Abkommen für das Wasser des Ganges gibt, unterliegen die anderen 53 Flüsse, die von Indien nach Bangladesch fließen, bisher keiner bilateralen Vereinbarung.

Yunus von Obama ausgezeichnet

Nobelpreisträger Muhammad Yunus ist von US-Präsident Barack Obama mit der *Medal of Freedom* ausgezeichnet worden. Neben Yunus werden unter anderem auch Desmond Tutu und Stephen Hawking mit dem Preis bedacht. Obama bezeichnete Yunus und die andere Preisträger als „*agents of change*“, welche weltweite Mängel beheben wollen. Mittlerweile hat Muhammad Yunus die Aktivitäten der *Grameen Bank* auch auf die USA ausgeweitet. Zusammen mit *Project Enterprise* aus New York und *The Plan Fund* aus Dallas vergibt *Grameen* Mikrokredite an arme Amerikaner.

Unruhen in der Textilwirtschaft

In Tongi, einem Zentrum der Textilwirtschaft nördlich von Dhaka, gingen Ende Oktober die Textilarbeiterinnen und -arbeiter der Firma *Nippon Garments* auf die Straße. Sie verlangten die Zahlung ihres seit Monaten ausstehenden Lohns. Die Polizei ging zuerst mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Demonstranten vor. Mindestens drei Männer starben im Kugelhagel der Polizei, darunter auch ein unbeteiligter Rikschafahrer und ein Anwohner. Mehr als 100 Personen wurden während der Zusammenstöße verletzt. Die Polizei rechtfertigte ihr hartes Eingreifen damit, sie habe erst scharfe Munition eingesetzt, als Steine flogen. Mehrere Hundert Demonstranten forderten nach dem

Tod der drei Männer faire Ermittlungen und ein Verfahren gegen die Fabrikbesitzer. Sie riefen nach einer Bestrafung der Polizisten, die rücksichtslos auf Passanten gefeuert hatten. Verschiedene Gewerkschaften brachten erneut die Forderung nach einem höheren Mindestlohn für Textilarbeiterinnen und -arbeiter vor: Sie verlangen 5 000 Taka, circa 50 Euro, statt derzeit 1 662 Taka, knapp 17 Euro Monatslohn.

Verbot der islamistischen Organisation Hizbut-Tahrir

Die Regierung von Bangladesch hat die international agierende islamistische Organisation *Hizbut-Tahrir* verboten. Das Verbot erging am 22. Oktober mit der Begründung *Hizbut-Tahrir* arbeite gegen den Staat, gegen die Regierung, gegen die Bevölkerung und gegen die Demokratie. Allerdings ist nicht vorgesehen, dass bisherige Aktivisten der Hizbut angeklagt werden. In Zukunft sollen aber alle Aktivitäten, die sich gegen den Staat richten, geahndet werden. *Hizbut-Tahrir* war schon eine Weile unter Beobachtung gestanden, weil der Organisation Verbindungen zu der verbotenen Terrororganisation *Jama'atul Mujahidin Bangladesh* (JMB) und anderen terroristischen Gruppen nachgesagt wurden. Laut eigenen Angaben setzt sich Hizbut-Tahrir dafür ein, die islamische Einheit vor dem Verfall und dem Einfluss der Ungläubigen zu retten. Hizbut-Tahrir ist neben der JMB, *Harkat-ul-Jihad-al-Islami*, *Jagrata Muslim Janata Bangladesh* und *Shahadat-e Al Hikma* die fünfte islamistische Organisation, welche in Bangladesch in letzter Zeit verboten worden ist.

Kampagne gegen Ahmadiyya verschärft sich

In Dhaka ist eine gemeinsame Plattform verschiedener Bewegungen gegründet worden, die sich gegen die Ahmadiyya richten. Die Gründer der neuen Organisation „*Bangladesh Majlis-e Tahaffuz-e Khatme Nabuwat*“ sagten bei einer Veranstaltung im Presseklub, dass die Ahmadis falsche Botschaften über den Islam verbreiten. Sie kündigten eine dreimonatige Kampagne gegen die Minderheit an, mit Hilfe derer sie überall im Land vor den Gefahren durch die Ahmadiyya warnen werden. Die Ahmadis sind einer Minderheit innerhalb des Islam, die nicht von allen orthodoxen Muslimen anerkannt wird. Die Glaubensschule wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Indien gegründet. Sie berufen sich auf den ursprünglichen Islam und seine friedlichen Wurzeln. In Bangladesch wie auch in Pakistan werden die Ahmadis von Fundamentalisten verfolgt, ihre Schriften sind verboten.

Außergerichtliche Hinrichtungen weiterhin praktiziert

Die von der *Awami League* (AL) geführte Regierung will weiterhin außergerichtliche Hinrichtungen in Kauf nehmen. Dies verkündete die Regierung im Oktober. Es werde so lange außergerichtliche Hinrichtungen geben so lange es terroristische Aktivitäten und organisierte Kriminalität gibt. Minister Shahjahan Khan erklärte, die Regierung habe keine andere Möglichkeit, wenn Rechtsmittel nicht zu dem gewünschten Ziel führen. Bangladesch wird von der internationalen Gemeinschaft und besonders von Menschenrechtsorganisationen kritisiert, weil durch das *Rapid Action Battalion* (RAB) bereits mehrere Hundert Menschen im ‚Kreuzfeuer‘ umgekommen sind. Die paramilitärische Einheit RAB wurde 2004 unter der von der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) geführten Regierung gegründet, um die organisierte Kriminalität und den Terrorismus in Bangladesch zu bekämpfen. Seit die AL im Januar wieder Macht kam, sind bereits um die 100 Menschen erschossen worden. Ende Juli hatte das Oberste Gericht gefordert, dass die außergerichtlichen Hinrichtungen beendet werden. Premierministerin Sheikh Hasina hatte damals eingeräumt, dass die Fälle untersucht werden. Seit Einführung des RAB sind laut *Human Rights Watch* mehr als 1 000 Menschen ohne Gerichtsverfahren getötet worden.

Gerichtsverfahren gegen Mörder von Sheikh Mujibur Rahman

Der *Supreme Court* hat im Berufungsverfahren fünf Todesurteile im Zusammenhang mit der Ermordung von Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman bestätigt. Fünf ehemalige Offiziere, die verurteilt worden sind, in den Morgenstunden des 15. August 1975 an der Ermordung von Sheikh Mujib und fast seiner gesamten Familien beteiligt gewesen zu sein, hatten Einspruch eingelegt. Erst im Jahr 1996 waren bei einer Polizeistation im Stadtteil Dhanmondi für den Mord an Sheikh Mujib und seiner Familie Anzeige erstattet worden. Direkt nach dem Blutbad, das die politische Landschaft Bangladesch wenige Jahre nach der Unabhängigkeit erneut erschüttert hatte, war eine Strafverfolgung zunächst nicht möglich. Die neue Regierung hatte den Mördern Mujibs per Erlass Straffreiheit gewährt. Nach der Anzeige von 1996 sind 15 Angeklagte schließlich zum Tode verurteilt worden, jedoch hat das Oberste Gericht sein Urteil später mehrfach revidiert: Richter Md Ruhul Amin forderte nur zehn Todesurteile, Richter A B M Khairul Haque hielt die Urteile für 15 Personen aufrecht,

während Richter Mohammad Fazlul Karim schließlich zwölf Angeklagte zum Tode verurteilte und drei Personen freisprach. Von den zwölf Verurteilten befinden sich derzeit nur die fünf in Haft, die nun hingerichtet werden sollen.

Attentat gegen *Awami League*-Politiker

Am 21. Oktober wurde in Dhaka ein Bombenattentat auf den Abgeordneten Sheikh Fazle Noor Taposh verübt. Der Politiker der *Awami League* (AL) konnte dem Attentat entkommen, mehr als ein Dutzend Personen wurden jedoch verletzt. Die Polizei verhaftete über 200 Verdächtige. Das Attentat führte zu politischen Spannungen, da der Verdacht ausgesprochen wurde, das Attentat stehe im Zusammenhang mit dem Berufungsverfahren gegen die Todesurteile der Mörder von Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman. Taposh ist der Sohn eines AL-Politikers, der zusammen mit Sheikh Mujibur Rahman im August 1975 ermordet worden ist. Zudem ist er der Neffe von Premierministerin Sheikh Hasina, Tochter des ermordeten Staatsgründers. Nach dem Attentat ist Ataul Huda, der Neffe eines verurteilten Mörders von Mujib, Bazlul Huda, festgenommen worden. Mitte November sind außerdem einige Militärangehörige verhaftet worden. Das Motiv für das Attentat ist somit nach wie vor unklar: Vermutungen reichen von der Störung des Berufungsverfahrens und der Destabilisierung der AL-Regierung bis zur Vergeltung für Taposhs Verhalten während des Aufstands der Grenzsoldaten im Februar.

Ermittlungen gegen ehemaligen Innenminister

Der ehemalige Innenminister der letzten von der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) geführten Regierung, Lutfozzaman Babar, ist festgenommen worden. Babar, der bereits im Zusammenhang mit Waffenbesitz zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wird nun verdächtigt, am Anschlag auf die damalige Oppositionsführerin Sheikh Hasina am 21. August 2004 beteiligt gewesen zu sein. Bei dem Granatenangriff auf die heutige Premierministerin während einer Versammlung der *Awami League* (AL) sind mindestens 23 Menschen ums Leben gekommen und viele, darunter auch Sheikh Hasina, verletzt worden. Insgesamt sind mittlerweile 22 Personen im Zusammenhang mit dem Attentat angeklagt worden, darunter auch ein weiterer Minister der BNP-Regierung, Abdus Salam Pintu, sowie Mufti Hannan, der Anführer der verbotenen islamistischen Gruppierung *Harkat-ul-Jihad-al-Islami*. Pintu und Hannan sind in Haft, während die anderen Angeklagten auf der Flucht sind.

Beschlagnahmtes Eigentum soll zurückgegeben werden

Anfang November entschied das bangladeschische Kabinett, dass das Eigentum, welches von Angehörigen der Hindu-Minderheit im ehemaligen Ostpakistan und in Bangladesch seit 1947 beschlagnahmt worden ist, nun endlich zurückgegeben werden soll. Die Enteignungen sind seit 1948 durch verschiedene Verordnungen und Gesetze der pakistanischen und nach 1971 der bangladeschischen Regierung legitimiert worden – zuletzt durch den weltweit von Menschenrechtlern kritisierten *Vested Property Act* von 1974. Im Jahr 2001 verabschiedete das Parlament ein von der *Awami League* (AL) eingebrachtes Gesetz zur Rückgabe der enteigneten Besitztümer. Unter der folgenden Regierung der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) wurde die Rückgabe immer weiter verzögert. Nun hat die neue AL-Regierung das Gesetz zur Rückgabe aus dem Jahr 2001 erweitert. In den nächsten Monaten soll auch eine neue Liste des enteigneten Besitzes erstellt werden, so dass eine Rückgabe auch tatsächlich erfolgen kann.



NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
zeitschrift@bangladesch.org